aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

25 Mai 2022 | Normalpreis: 1€ | Solipreis: 2€

rso — revolutionär sozialistische organisation

LEITARTIKEL

„Organizing“ - Heilmittel für den Klassenkampf?

Ab Seite 2

INTERNATIONAL

Noch mehr Öl ins Feuer?

Seite 5

THEORIE

Familie, Heirat und Revolution in der frühen Sowjetunion

Seite 6

DEUTSCHLAND

* **Inflation: Lohnabhängige, Student:innen oder Renterner:innen — alle sind betroffen!**
* **Elon Musk—Ein Mann seiner Klasse**
* **Landtagswahlen NRW**

Seite 8

ÖSTERREICH

Österreichische Neutralität und Ukraine Krieg

Seite 10

REZENSION

Femizide — Frauenmorde in Deutschland

Seite 11

Komm lieber Mai, mach unsere Fahnen wieder rot!

Nach über zwei Monaten Krieg in der Ukraine gehen die Kampfhandlungen unvermindert weiter. Nachdem wir uns in der letzten Ausgabe der Aurora intensiv mit der Ukraine auseinandergesetzt haben, behandeln wir dieses Mal die Auswirkung des Krieges auf die Preise, die Inflation und was die Antwort der Arbeiter:innenklasse sein könnte. Weiterhin diskutieren wir das deutsche Aufrüstungsprogramm, die wirtschaft-lichen Verstrickungen, die Militär-einsätze Deutschlands sowie die „Österreichische Neutralität“.

Darüber hinaus setzen wir uns mit der Frauenpolitik in der frühen Sowjetunion auseinander und in wieweit die progressiven politischen Vorstellungen in der Realität umgesetzt worden sind, auf welche Schwierigkeiten sie stießen und wie der Stalinismus das letzte Stückchen Progressivität zerstörte.

In einem längeren Artikel beschäftigen wir uns mit dem Thema Organizing. Welche Möglichkeiten bietet Organizing für Gewerkschaften und Arbeitskämpfe, wo liegen die Herausforderungen und die Grenzen des Konzeptes und was sind unsere Erfahrungen bei den Streiks bei den Berliner Kliniken Vivantes und Charité.

In kurzen Artikeln behandeln wir zum einen die anstehende Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (NRW) und welche Perspektiven es bei der Wahl gibt und zum anderen die Eröffnungsfeier des Teslawerkes in Brandenburg. In einer Rezension zum Thema „Femizide – Frauenmorde in Deutschland“, wird über die gesell-schaftlichen Ursachen, Folgen und Hintergründe von Femiziden gesprochen.

Und wie jedes Jahr startet der Mai mit unserem Kampftag der Arbeit — wir hoffen auf große Demonstrationen und starke Streiks weltweit. Hoch lebe die internationale Solidarität! ■

„Organizing“ – Heilmittel für den Klassenkampf?

Die glorreichen und kämpferischen Zeiten der deutschen Gewerkschaftsbewegung sind scheinbar vorbei. Trotz sich verschlechternder Arbeitsbedingungen und stagnierenden Reallöhnen sind nur noch knapp ein Fünftel der Arbeiter:innen in Deutschland gewerkschaftlich organisiert. In den letzten 20 Jahren haben die Gewerkschaften über 4 Mio. Mitglieder verloren[1]. Ein Konzept, gegen den Mitgliederschwund anzukämpfen, ist das sogenannte „Organizing“ — es soll die Beschäftigten stärker begeistern: mit mehr Kampf, Gefühl und Basisdemokratie. Doch was ist Organizing und kann es nicht nur neue Gewerkschaftsmitglieder gewinnen, sondern auch den Klassenkampf im Interesse der Arbeiter:innen neu beleben?

Für Organizing gibt es keine einheitliche Definition. Es lässt sich wohl am ehesten als ein Bündel verschiedener Methoden und Modelle zur Unterstützung von Organisierungsprozessen zur Durchsetzung der Interessen einer bestimmten Zielgruppe beschreiben[2]. Das Konzept stammt ursprünglich aus den USA und verbindet Erfahrungen aus Bürgerrechtsbewegungen, Stadtteilarbeit und basisgewerkschaftlichen Aktivitäten der letzten 100 Jahre.

Die Kampfstrategien wurden über die Jahre hinweg systematisiert und eine Praxis etabliert, bei der Spezialist:innen (Organizer:innen) helfen sollen, mit ihrem Wissen über Organisierung und Kampagnenführung eine Gegenmacht in einem ungleichem Machtverhältnis, wie z. B. dem zwischen Chef:in und Arbeiter:in, zu schaffen.

Viele verschiedene Strömungen beziehen sich auf Organizing-Methoden – linke Gruppen, Organisationen, Gewerkschaften, aber ebenso christliche Freikirchen oder politische Parteien. Organizing ist daher keine explizit linke Methodik, sondern ist abhängig davon, welche Akteur:innen Organizing-Methoden mit welcher Zielsetzung einsetzen. Sie können der Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen dienen oder Wahlkämpfe zum Erfolg führen, wie z. B. für Alexandria Ocasio-Cortez von Bidens „Demokratischer Partei“ bei den Wahlen für den US-Kongress 2021[3].

Aber auch rechte Gruppen wie die US-amerikanische Tea-Party oder Initiativen gegen den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel in den USA haben damit Erfolge verzeichnen können[2].

Organizing als Alternative zur „klassischen“ Gewerkschaftsarbeit?

Seit über 20 Jahren ist Organizing auch hierzulande in linken Debatten präsent sowie in der Gewerkschafts- und Stadtteilarbeit. Für viele Kämpfe wie z. B. die „Berliner Krankenhausbewegung“ waren Organizer:innen wichtig. Doch waren Arbeiter:innen nicht schon vor „Organizing“ z. B. in Gewerkschaften organisiert? Dazu kommen auf gewerkschaftlicher Ebene noch Aus- und Weiterbildungen oder Rechtsberatungen für die Arbeiter:innen sowie Funktionäre (Spezialist:innen), die Streiks begleiten, ihr „KnowHow“ an die Streikenden weitergeben und (mit) organisieren. Ideen wie die Identifizierung konkreter Probleme im Betrieb, Kolleg:innen anzusprechen und ihnen zu zuhören u. ä. sollten für Gewerkschaftsaktivist:innen selbstverständlich sein. Auch wenn viele Organizing-Vertreter:innen das anerkennen, betonen diese jedoch, dass all diese Konzepte noch nie systematisch verbunden wurden. Daher ist es vielleicht auch nicht verwunderlich, dass seit einigen Jahren immer konkretere Organizing-Modelle diskutiert werden.

Organizing nach Jane McAlevey

Eines der wirkmächtigsten Modelle von Organizing ist wohl das der US-Amerikanerin Jane McAlevey, die drei Bücher über das Thema geschrieben hat, von denen zwei auch auf Deutsch erschienen sind[4]. Sie will die (US-amerikanische) Gewerkschaftsbewegung aus der Krise holen, in die sie durch restriktive Gesetzgebung, *union busting*[5] und Globalisierung geraten sei. Ihr geht es dabei nicht nur darum, die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder zu erhöhen, sondern die Macht der Arbeiter:innen zu vergrößern durch eine dauerhafte Organisierung am Arbeitsplatz und eine „nachhaltige Selbstermächtigung“ (so ein Unterkapitel ihres Buches *„Keine halben Sachen“*).

« Organizing ist daher keine explizit linke Methodik, sondern ist abhängig davon, welche Akteur:innen Organizing-Methoden mit welcher Zielsetzung einsetzen. »

Eine wichtige Aufgabe für Organizer:innen sieht McAlevey darin, von ihr so genannte „organische Anführer:innen“ in der zu organisierenden Belegschaft auszumachen und zu fördern. Das sind diejenigen, denen andere Kolleg:innen vertrauen, deren Rat und Hilfe sie suchen. Diese Anführer:innen sollen in Organizing-Methoden geschult werden.

Dies sind zum Beispiel ein *mapping* (Erfassung/Kartierung) des Arbeitsplatzes, um Stärken und Schwächen der eigenen Seite und der Gegenseite zu erkennen; sogenannte „Strukturtests“, das sind kleinere, (Selbst-)Vertrauen aufbauende kollektive Aktionen; und eine

„Impfung“ genannte Vorbereitung der Beschäftigten auf zu erwartende Gegenmaßnahmen, Lügen und Verleumdungen des Unternehmens. Sodann legt sie Wert darauf, dass die Organisierungsphase nicht von der Phase der Verhandlungen getrennt werden darf: Auch bei den Tarif- oder anderen Verhandlungen, in die die jeweilige Kampagne oder der Streik münden, sollen die Menschen, die durch die Organizing-Phase mobilisiert wurden, einbezogen werden.

Der erfahrene linke US-amerikanische Gewerkschafter Kim Moody[6] hat McAleveys Ansatz kritisch überprüft[7]. Er erkennt an, „dass diese Organizer ein wichtiger Teil der Arbeiterbewegung sind. [...] Sie werden oft an die vordersten Fronten der Kämpfe mit dem Kapital gedrängt, bringen persönliche Opfer und helfen in der Tat den Arbeiter*innen dabei, sich zu organisieren.“ Doch Moody kritisiert, dass „McAlevey in praktisch jeder Phase des Gewerkschaftslebens die Betonung auf die Initiative des professionellen Organizers“ legt. Seiner Meinung nach können Organizing-Kampagnen den Klassenkampf punktuell voranbringen, aber nicht die notwendige Selbsttätigkeit der Millionen umfassenden Arbeiter:innenklasse ersetzen.

Moody sieht bei McAlevey auch eine große Leerstelle in der Beurteilung der Gewerkschaftsbürokratie. Das fängt bei der Ursachendiagnose an: Nicht nur das *union busting* oder die Globalisierung sind für den Niedergang der Arbeiter:innenbewegung verantwortlich, sondern vor allem die institutionalisierte „Sozialpartnerschaft“, die kaum noch darauf setzt, die kollektive Stärke der Arbeitenden auszuspielen. Gerade auch weil die Gewerkschaftsspitzen in ihren Verhandlungen mit den Unternehmen nicht gern dem Druck der eigenen Mitgliedschaft ausgesetzt sind. Vor diesem Hintergrund ist Moody absolut zuzustimmen, wenn er feststellt: „Noch schlimmer ist es, wenn diese Art des Organizing von Arbeiter*innen und Angestellten nur mit der Zustimmung von Gewerkschaftsspitzen erfolgt [...] Organizer [sind] denen gegenüber verantwortlich, die ihre Löhne zahlen, sie dorthin schicken, wo sie sie haben wollen, und ihnen Ressourcen zur Verfügung stellen oder verweigern, damit sie ihren Auftrag ausführen können. Es gibt natürlich kein Gesetz, das besagt, dass Organizer nicht von den Gewerkschaftsmitgliedern genauso wie die Gewerkschaftsführer gewählt werden können, aber das würde selbst im besten Fall gegen den Strich der Gewerkschaftsbosse laufen.“

Aus der Praxis: Organizing in Berlin

2021 wurden im Rahmen der „Berliner Krankenhausbewegung“ von ver.di[8] Pflegekräfte der Berliner Universitätsklinik Charité, des städtischen Klinikverbands Vivantes sowie die Kolleg:innen der Vivantes-Servicetöchter mobilisiert für mehr Personal und den TVÖD für alle[9]. Dafür hat ver.di die Firma „Organizi.ng Beratung GmbH“[10] angeheuert, eine zurzeit einzigartige Firma in Deutschland, die Organizing-Dienste verkauft. Und die hat Organizing wie im Bilderbuch betrieben. Dutzende von angestellten Organizer:innen haben vor Beginn der Kampagne „Telefoncampaigning“ betrieben, d. h. sie haben alle ver.di-Mitglieder angerufen, sich nach Problemen erkundigt und die Streikbereitschaft abgefragt. Nach der Identifizierung ihres Problems – Personalmangel und unfaire Arbeitsbedingungen – gab es dann im Februar 2021 eine Auftaktveranstaltung. Interessanterweise hatte ver.di ein paar Monate vorher einen Tarifvertrag mit der Service-Tochter der Charité, der CFM[11], abgeschlossen. Die CFM hätte auch sehr gut in diese Kampagne gepasst, da sie genau dieselben Forderungen wie ihre Kolleg:innen der Vivantes-Töchter hatten – den TVÖD für alle, doch sie wurden bewusst aus dieser Kampagne ausgeschlossen[12].

Während der Mobilisierungsphase zwischen März und Juni bis zum ersten Streiktag im August gab es mehrere Veranstaltungen, ein 100-tägiges Ultimatum[13] und es wurden auf jeder Station und bei den Vivantes-Töchtern „Teamdelegierte“ gewählt. Insgesamt kam eine dreistellige Zahl von Teamdelegierten zusammen, die regelmäßig zusammenkamen und über die Situation auf Station, den Streik und konkrete Forderungen diskutierten. Somit ist tatsächlich eine gewisse Basisdemokratie entstanden. Ohne die Organizer:innen wäre die Mobilisierung sehr wahrscheinlich nicht so erfolgreich geworden, denn neben der Organisation von Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit sind sie auch über Stationen gezogen, haben mit Kolleg:innen diskutiert und während des Streiks Aktivitäten organi-

siert oder am Morgen das Streikzelt am Campus aufgebaut.

Von den Organizer:innen gehörten viele, einschließlich der Geschäftsführung von *Organizi.ng*, zum linken Flügel der Linkspartei. Sie haben sich auch persönlich für die Krankenhaus-Bewegung engagiert. Verschiedene (aber längst nicht alle!) Entscheidungen im Laufe der Bewegung wurden bei Versammlungen der Teamdelegierten diskutiert. Dabei gab es auch Ansprachen des Chef-Organizers, in denen er betonte, dass die Kolleg:innen selbst entscheiden sollten. Somit wurde – leider in der deutschen Gewerkschaftsbewegung immer noch eine Seltenheit – zumindest der Kreis der Teamdelegierten dazu veranlasst, sich über die Ausrichtung der eigenen Bewegung Gedanken zu machen und den Streik als ihre eigene Sache zu betrachten.

Organisieren – aber wie und durch wen?

Wir stimmen nach wie vor dem Ausspruch von Karl Marx zu: „Die Befreiung der Arbeiter:innenklasse muss die Tat der Arbeiter:innen selbst sein". Allerdings reicht dafür die Spontanität der Arbeitenden nicht aus. Um sich im Klassenkampf durchzusetzen, müssen sie organisiert sein. Es ist die Aufgabe von Aktivist:innen der Arbeiter:innenbewegung, diese Organisierung voranzubringen. Viele der Methoden, die bei Organizing-Workshops vermittelt werden, sind dafür tatsächlich nützlich und sind auch hervorgegangen aus den kollektiven Erfahrungen der Arbeiter:innenbewegung und anderer sozialer Bewegungen.

Die Frage ist, durch wen und mit welchem Ziel die Arbeitenden organisiert werden. Eine dauerhafte Verbesserung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit wird scheitern, wenn kein klares Verständnis dafür vorhanden ist, warum die Gewerkschaftsapparate so wenig Eigeninitiative der Basis zulassen – und weshalb die Interessen der Gewerkschaftsführungen nicht mit denen der einfachen Beschäftigten übereinstimmen. Denn früher oder später wird dieser Interessensunterschied eine Rolle spielen und dann kommt es darauf an, ob die Arbeiter:innen über demokratische Strukturen verfügen, selbstbestimmt ihre Kämpfe in die Hand zu nehmen. Solange Organizing vom Gewerkschaftsapparat abhängig bleibt, kann es nicht über den eigenen Schatten springen.

« Allerdings reicht dafür die Spontanität der Arbeitenden nicht aus. Um sich im Klassenkampf durchzusetzen, müssen sie organisiert sein. Es ist die Aufgabe von Aktivist:innen der Arbeiter:innenbewegung, diese Organisierung voranzubringen. »

Aber hier kommt dann auch die große Frage: Inwieweit haben es die Organizer:innen geschafft, die Arbeiter:innen in diesem Kampf wirklich selbst zu ermächtigen?

Nach wie vor mussten die Organizer:innen das tun, was der Chef sagte – und dieser, was ver.di wollte. Und somit konnte auch nur soviel Demokratie und Eigeninitiative zugelassen werden, wie erwünscht war. Aktionen wurden zwar angekündigt, aber meistens ohne die Einbeziehung der Kolleg:innen geplant und durchgeführt. Kolleg:innen sind zwar auch auf Stationen gegangen, haben sich aber größtenteils auf die Organizer:innen verlassen.

Und nachdem der Streik länger ging als geplant und die meisten Organizer:innen zum nächsten Projekt gehen mussten, gab es Probleme schon bei den „einfachsten" Sachen, wie z. B. wer baut das Streikzelt am Morgen auf? Einige Kolleg:innen haben sich am Anfang auch gefragt, wie der Streik ohne die Organizer:innen weiter gehen soll.

Organizing klingt cool und fresh, ist aber keine Garantie dafür, dass Menschen sich „nachhaltig" selbstermächtigen über Stellvertreter:innenpolitik hinaus. Professionelle, bezahlte Organizer:innen können in einem begrenzten Rahmen dabei helfen, Klassenkämpfe voran zu bringen, aber sie sind nicht das Wichtigste: Es bleibt wesentlich, dass Arbeiter:innen sich selbst organisieren – ob auf englisch oder auf deutsch ist dabei egal. ■

Richard Lux und Rosa Anders, Berlin

Fußnoten

1 https://www.deutschlandfunkkultur.de/streikrepublik-deutschland-die-neue-kampfkultur-der-100.html

2 https://organisier-dich.info/was-ist-organizing/ Für eine ausführlichere Beschreibung siehe https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/was-organizing-nicht-ist/

3 Sie und ihre Unterstützer:innen haben monatelanges „Community Organizing" (Stadtteilorganisierung) betrieben und gegen einen etablierten Kandidaten in ihrem US-Bundesstaat gewonnen. Auf ihrer Kampagnenwebsite findet sich sogar eine Richtlinie, wie sich Arbeiter:innen an ihrem Arbeitsplatz organisieren können. https://www.ocasiocortez.com/workerpledge

4 J. McAlevey: „Keine halben Sachen. Machtaufbau durch Organizing", Hamburg 2019 und J. McAlevey: „Macht. Gemeinsame Sache. Gewerkschaften, Organizing und der Kampf um die Demokratie", Hamburg 2021

5 Wörtlich „Gewerkschaftszerstörung" – aggressive gewerkschaftsfeindliche Strategien der Unternehmen. Siehe dazu W. Rügemer / E. Wigand: „Die Fertigmacher: Arbeitsunrecht und professionelle Gewerkschaftsbekämpfung", Köln 2017.

6 Autor u. a. folgender Bücher: „An Injury to All: The Decline of American Unionism" und „In Solidarity: Essays on Working-Class Organization in the United States"

7 In leider nicht immer exakter deutscher Übersetzung nachzulesen unter: http://www.organisieren-gewinnen.de/index.php?id=106

Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft

8 Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes – der Kollektivvertrag, den die Beschäftigten in den „Mutterkonzernen" Vivantes und Charité bekommen.

9 Auf facebook präsentiert sich diese Firma u. a. wie folgt: „Wir gestalten für unsere Kunden passgenaue Kampagnen und mobilisieren mit geeigneten Formaten zu Warnstreiks, Demonstrationen und Versammlungen. Zudem helfen wir bei der Erschließung von bisher unorganisierten Betrieben und gewinnen dort neue Gewerkschaftsmitglieder, wo sie gebraucht werden."

10 Charité Facility Management

11 Mehr zur Berliner Krankenhausbewegung und der CFM auf unserer Website https://www.sozialismus.click/category/artikel/betriebe/

12 Hier wurde den Klinikvorständen 100 Tage Zeit gegeben, auf die Forderungen der Kolleg:innen einzugehen und Verhandlungen zu starten. Jedoch haben die es zu gut deutsch „ausgesessen".

13 Hier wurde den Klinikvorständen 100 Tage Zeit gegeben, auf die Forderungen der Kolleg:innen einzugehen und Verhandlungen zu starten. Jedoch haben die es zu gut deutsch „ausgesessen".

Noch mehr Öl ins Feuer?

Acht Wochen dauert der Krieg in der Ukraine mittlerweile an, mit seinen täglichen Bildern zerstörter Städte und 12 Millionen Menschen, die auf der Flucht sind. Die Eskalationsspirale dreht sich weiter und es könnte noch schlimmer kommen. Russland hat Mariupol im Südosten weitgehend zerstört und eingenommen und konzentriert sich auf den Osten des Landes. Scholz, der Bundeskanzler, führt uns währenddessen einen wahren Eiertanz auf und sucht angeblich nach der Superlösung, um zu verhindern, dass „die NATO Kriegspartei wird". Das ist längst nicht mehr die Frage. Was Sorge bereitet, ist wie weit diese Konfrontation der zwei großen wirtschaftlichen Blöcke noch geht.

Wenn die ukrainische Regierung immer lauter schwere Waffen (im Klartext: Schützenpanzer und Kampfflugzeuge) von der NATO und auch von Deutschland verlangt, dann hat das auffallende Zögern der deutschen Regierung nichts damit zu tun, dass sie grundsätzlich Waffenlieferungen und Aufrüstung ablehnt. Im Gegenteil! Nachdem Scholz den Ukraine-Krieg schon für sein beispielloses Aufrüstungsprogramm der Bundeswehr von 100 Milliarden genutzt hatte, hat er letzte Woche zusätzliche 2 Milliarden Euro für Waffenkäufe locker gemacht, mehr als eine Milliarde davon soll die Ukraine kriegen. Die Rüstungsindustrie kann sich freuen – über diese Regierung genau wie über diesen Krieg: Der Aktienkurs von Rheinmetall hat sich seit Kriegsbeginn mehr als verdoppelt.

Schon seit langem ist Deutschland unter den 5 größten Waffenexporteuren der Welt. Und unter den 10 Ländern, in die Deutschland in den letzten Jahren am meisten Waffen exportiert hat, befinden sich Ägypten (auf Platz 3), Saudi-Arabien und Katar. Alle drei sind am Krieg in Jemen beteiligt, der seit 2015 wütet und den Ukraine-Krieg als humanitäre Katastrophe noch in den Schatten stellt – auch wenn er in unseren Medien wenig präsent ist, weil es diesmal „Verbündete" sind, die ihn führen.

Die deutsche Politik hat nichts damit zu tun, dass ihnen die Ukrainer:innen oder sonst wer plötzlich ans Herz gewachsen wären. Wenn die Bundesregierung aktuell nur „leichte Waffen" in die Ukraine liefert, ist das Ausdruck des Versuchs, zwischen den großen Lagern zu lavieren. Scholz hat die USA und die anderen NATO-Verbündeten im Nacken. Aber Scholz hat auch die deutschen Konzerne im Nacken, und für einige von ihnen ist Russland ein sehr interessanter Markt. Siemens zum Beispiel hat 2019 einen Milliarden-Auftrag zum Bau von Hochgeschwindigkeitszügen für die russische Staatsbahn abgeschlossen. Momentan ist die Auslieferung der Züge gestoppt, wie viele andere Russland-Geschäfte, doch die Unternehmen warten darauf, sie wieder aufzunehmen. Dazu kommen die Lieferungen von Erdöl und Erdgas aus Russland. Deutschland ist nicht bereit, diese Interessen komplett aufzugeben.

« Wenn die Bundesregierung aktuell nur „leichte Waffen" in die Ukraine liefert, ist das Ausdruck des Versuchs, zwischen den großen Lagern zu lavieren. Scholz hat die USA und die anderen NATO-Verbündeten im Nacken. Aber Scholz hat auch die deutschen Konzerne im Nacken, und für einige von ihnen ist Russland ein sehr interessanter Markt. »

Wer kann diesen Irrsinn stoppen?

Die kapitalistische Weltwirtschaft ist ein Hauen und Stechen um Einflusssphären und Vorherrschaft und sie gerät

immer mehr aus den Fugen. Die Bundeswehr selbst ist in Militäreinsätze in Afrika involviert. Im Schatten des Ukraine-Krieges hat die Türkei die Kurd:innen Nordiraks überfallen. Israel bombardiert wieder Gaza. Das Schweigen der westlichen Regierungen hierauf, auch das der deutschen, ist umso auffälliger, als die Töne gegen Putin so aggressiv sind. Aber wenn die Angreifer Verbündete sind, sind die „Regeln" andere.

An vielen Ecken und Enden wird dieses kapitalistische System immer verrückter, nicht zuletzt durch die Inflation, die immer weiter angeheizt wird. Die Arbeitenden weltweit zahlen auf unterschiedliche Weise: Mit ihren Leben auf den Schlachtfeldern, mit zunehmendem Hunger in weiten Teilen der Welt, die von russischem und ukrainischem Getreide abhängig sind, und mit steigenden sozialen Problemen überall. Dabei sind die Arbeitenden auch diejenigen, die das Potenzial haben, diesem mörderischen Treiben Einhalt zu gebieten. Denn ohne uns Arbeitende funktioniert weder die Wirtschaft, noch die Gesellschaft, nicht einmal ein Krieg. ■

22. April 2022
Sabine Müller und Richard Lux, Berlin

Einen Schwerpunkt mit verschiedenen Artikeln zum Ukraine-Krieg gab es in Aurora Nr. 24 (April 2022).

Familie, Heirat und Revolution in der frühen Sowjetunion

Friedrich Engels hatte im *Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats* von einer Überwindung der Frauenunterdrückung infolge der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft gesprochen. Durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, so Engels, würde die Frau aus dem Griff der Kernfamilie befreit werden, da die Haushaltsführung und Kindererziehung zu einer gesellschaftlichen Angelegenheit geworden wären. Daraus würde zudem folgen, dass die Familie nicht länger als „wirtschaftliche Einheit der Gesellschaft" fungieren und dass ökonomische Momente nunmehr keine Rolle in den Geschlechterverhältnissen spielen würden. Damit würden allerlei Liebes- und Sexualbeziehungen zur Privatsache. Und doch wurde diese Vision im sowjetischen „Experiment" kaum realisiert. Im Gegenteil: während des Großteils der Geschichte der UdSSR herrschten konservative Familien- und Beziehungsnormen vor, obgleich mit „sozialistischem" Visier. Dies wird oft als Mangel des Marxismus aufgefasst, der von einem vereinfacht ökonomischen Ansatz ausgehe. Die sowjetische Erfahrung weist jedoch viel eher auf die Schwierigkeit hin, ein sozialistisches Programm inmitten von „verallgemeinerter Not" (Marx) durchzuführen, als auch auf den reaktionären Charakter des Stalinismus.

Die Oktoberrevolution von 1917 wurde vorwiegend in den Fabriken, Straßen und Dörfern des ehemaligen Zarenreichs entschieden, war jedoch begleitet von einer entsprechenden „Revolution" in der Gesetzeslage.

> « […] (die) Gesellschaft alle bzw. den Großteil von Frauen geleisteten Hausarbeit durch öffentliche Einrichtungen (Tagesstätten, öffentliche Küchen und Wäschereien, usw.) übernehmen zu lassen. Alle ökonomischen Fesseln wären verschwunden, die bisher auf dem Verhältnis der Geschlechter gelastet hatten. »

In einem Territorium, wo die Ehe der strengen Kontrolle von Geistlichen ausgesetzt und wo sich scheiden zu lassen folglich nahezu unmöglich gewesen war, wo Frauen und Kinder praktisch als Sklaven des Ehemannes gegolten hatten, brachten die Bolschewiki im Jahr 1918 den bis dahin progressivsten Familienkodex der Geschichte heraus: Es wurde die Zivilehe eingeführt, Frauen und Männer wurden auf einen Schlag in jedwedem Gesellschaftsbereich (inkl. der Ehe) formell gleichgestellt, man/frau konnte sich nun jederzeit (ohne Gerichtsprozess) scheiden lassen, und es wurde allen Kindern (auch unehelichen) das uneingeschränkte Recht auf Unterhalt gewährt. Der Kodex erweiterte zwar die Rechte und Pflichten der Familienmitglieder, setzte die Existenz der Familie als gesellschaftliche Einheit allerdings vielmehr voraus. Von deren Beseitigung konnte nicht die Rede sein, solange die dazu nötigen sozio-ökonomischen Verhältnisse noch nicht gegeben waren.

Die durch den Ersten Weltkrieg (und den Russischen Bürgerkrieg) verwüsteten neuen Sowjetrepubliken, deren Industrien und Infrastruktur ein erheblicher Schaden zugefügt worden war, boten geradezu das ungünstigste Fundament dafür. Dennoch lag den Lockerungen der Ehe zweifellos die sozialistische Vision von freier Liebe und Sexualität zugrunde, die erst recht der Sozialismus verwirklichen würde.

Für die Bolschewiki lag die Vorbedingung dafür zuerst einmal in der Vergesellschaftung der „Reproduktionsarbeit" und der darauf basierenden vollkommenen Eingliederung von Frauen auf Augenhöhe mit Männern in die Erwerbsarbeit. Dies lief daraus hinaus, der Gesellschaft alle bzw. den Großteil von Frauen geleisteten Hausarbeit durch öffentliche Einrichtungen (Tagesstätten, öffentliche Küchen und Wäschereien, usw.) übernehmen zu lassen. Alle ökonomischen Fesseln wären verschwunden, die bisher auf dem Verhältnis der Geschlechter gelastet hatten.

Die Bolschewiki hatten eine sozialistische Revolution in einem Land angeführt, welches nur einige wenige hochindustrialisierte Ballungszentren aufwies und sich zu 80% aus Bauern zusammensetzte, deren Lebensbedingungen im Wesentlichen seit dem 17. Jhd. unverändert geblieben waren. Die „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen" war auffallend: neben der Einführung des damals progressivsten Familiengesetzes wurde in Sowjetrussland als erstem Land der Welt der Schwangerschaftsabbruch im Jahr 1920 legalisiert; darüber hinaus wurde 1922 die Homosexualität in den europäischen Teilrepubliken straffrei (wurde allerdings in den asiatischen Republiken weiterhin

bestraft). Etwa der erste Außenminister der Sowjetunion, Georgi Tschitscherin, war ein offen homosexueller Mann.

Das nach der Revolution verabschiedete Familiengesetz konnte, angesichts der ökonomischen Rückständigkeit des Landes, nur beschränkt umgesetzt werden. 1921 wurde die Neue Ökonomische Politik (NÖP) eingeführt, welche nun mehrere Marktmechanismen zuließ und die (mehrheitlich verstaatlichte) Industrie auf kommerzielle Richtlinien umstellte. Dies ging mit Sparmaßnahmen einher, was einen Abbau von sozialen Einrichtungen wie Tagesstätten zur Folge hatten. Gleichzeitig wurden Arbeiterinnen massenhaft entlassen, weil sie als teurere und weniger flexible Arbeitskräfte gesehen wurden. Nicht überraschend waren Frauen überwiegend von Arbeitslosigkeit betroffen (1929 machten sie 50% der Arbeitslosen aus, bei gleichzeitig geringerer Erwerbsquote). Erwerbstätige Frauen tendierten zudem dazu, in schlecht(er) bezahlten Bereichen und Stellen zu arbeiten. Frauen verdienten infolgedessen nur 2/3 des männlichen Einkommens. Unter solchen Umständen konnten Ehescheidungen den völligen finanziellen Ruin nach sich ziehen, weshalb die Scheidungsfreiheit für die meisten Frauen illusorisch blieb.

Da eine Mehrheit der Bevölkerung aufgrund dessen nicht für die progressive Politik der frühen Sowjetregierung zu begeistern war, bereitete dieser Umstand der Sozialpolitik Josef Stalins einen günstigen Boden. Ab den späten 1920er Jahren war es diesem gelungen, seine Herrschaft innerhalb des sowjetischen Staatsapparates zu verfestigen. So wurde bereits 1934 die Homosexualität erneut zum Delikt erklärt. In einem Dekret von 1936 wurde die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruches zurückgenommen und Einschränkungen im Eherecht wiedereingeführt, die hohe Geldstrafen für jede Scheidung vorsahen. Auch kehrte die Familie als heilige Institution zurück.

Von einer Stabilisierung der Familienverhältnisse versprach sich das stalinistische Regime eine entsprechende Stabilisierung der Gesellschaft, ergo eine diszipliniertere und verlässlichere Belegschaft, welche die wirtschaftliche Produktivität steigern konnte. Frauen gingen ab den frühen 1930er Jahren zahlreich in die Industrie, von einer marxistischen Seite aus betrachtet, wurde also die Forderung nach der vollen Eingliederung von Frauen in den Produktionsprozess immer mehr zur Wirklichkeit; gleichzeitig beruhte eben jene Industrialisierung wiederum auf der Familieneinheit, weil durch die zeitgleiche Senkung der Reallöhne ein einzelnes Einkommen (oft) nicht länger für den Lebensunterhalt ausreichte, sondern dass nun das kombinierte Einkommen - des Mannes und der Frau - nötig war. Die Eingliederung von Frauen in die Industrie ging ferner nicht mit der Umsetzung der anderen damit verbundenen Forderung einher, nämlich einer Vergesellschaftung der Reproduktionsarbeit, was zur dauerhaften Doppelbelastung von Frauen führte, die nun einer Erwerbsarbeit nachgingen, während sie die ganze Hausarbeit zu verrichten hatten.

Erste Versammlung der Abteilung für Arbeit unter Frauen in Armur, 1920

Der stalinistische Diskurs brachte dementsprechend die Familie in ihrer früheren Rolle als Keimzelle der Gesellschaft zurück. Der Familie, insbesondere der Mutterschaft, würde die Aufgabe zukommen, Kinder zu patriotischen Bürger*innen der „sozialistischen“ Gesellschaft heranzuziehen. Der Stalinismus wandte eine bewährte Formel an, indem er den sozialen Zusammenhalt in der Familie zu verankern versuchte. Diese Vorstellung ging auf die bürgerliche Kleinfamilie zurück, die als gesellschaftlich stabilisierend betrachtet wurde, und in der von Frauen erwartet wurde, dass sie eine fürsorgliche Rolle einnehmen. Dass aber eine sich als kommunistisch bezeichnende Partei schlagartig die Tugenden des Familienlebens verherrlichte, ist eine Ironie, die den stalinistischen Konservatismus hervorhebt.

Aufgrund der sozialen und wirtschaftlichen Rückständigkeit der frühen Sowjetunion, gepaart mit der anfänglich widersprüchlichen, dann konservativen Politik der Regierung, konnte keine Frauenbefreiung konsequent umgesetzt werden. Diese Geschichte zeigt einerseits eine wesentliche Diskontinuität zwischen der unmittelbar aus der Revolution hervorgegangenen Sowjetunion der 1920er und dem Stalinismus und beleuchtet andererseits die Bedingungen, an denen die sowjetische Sozialpolitik scheiterte – macht aus eben jenen Bedingungen keine ewigen Gesetze, sondern schafft eben Einsicht in die Notwendigkeit (Engels).

100 Jahre später verheißt der liberale Feminismus mehr Geschlechtergerechtigkeit auf den Chefetagen, hat aber keine echten Lösungsansätze für Gender-Pay-Gaps und Mehrfachbelastung durch Haus- und Erwerbsarbeit. Die Umstände, welche die sozialistische Bewegung vor einem Jahrhundert ansprach, sind noch nicht überwunden, und die aus dieser Zeit stammenden Forderungen sind noch immer äußerst relevant. ■

Gastbeitrag von Marcus Olufsen, Wien

Inflation: Lohnabhängige, Student:innen oder Rentner:innen - alle sind betroffen!

Oft erklären bürgerliche Wirtschaftler:innen, dass Inflation durch höhere Löhne beschleunigt wird – oft um Forderungen nach höheren Löhnen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Das der Zusammenhang zwischen Preisen und Löhnen falsch ist, dafür ist hier leider kein Platz. Die aktuellen Preisexplosionen, die vor allem bei Lebensmitteln, Energie und Sprit zu spüren sind, gehen auf den aktuellen Krieg zurück. Die Folgen sind weltweit zu spüren. In den USA spricht Präsident Biden von „Putins Preiserhöhungen", in Russland, wo die Bevölkerung über den Krieg im Unklaren gelassen wird, merken sie diesen aber bei den steigenden Preisen und auch in Deutschland sind die Auswirkungen des Krieges täglich zu spüren. Aber was ist wirklich dran an der Verbindung von Krieg und Preisexplosion.

Die aktuellen hohen Preise an den Zapfsäulen haben nur zum Teil etwas mit dem Krieg zu tun, denn es gibt weiterhin kaum Lieferengpässe. Die Öl- und Raffineriekonzerne nutzen ihre Rolle als Schüsselindustrie aus und erhöhen die Preise, was ihnen bis April, allein in Europa, einen Extraprofit von drei Milliarden Euro eingebracht hat.

Die Spritkosten sind aber nur ein Teil der Inflation. Wer für seinen Lebensunterhalt eng kalkulieren muss, hat schon lange festgestellt, dass es bei Lidl oder Aldi kein Produkt gibt, dessen Preis nicht gestiegen ist. Auch hier gibt es weiterhin kaum Lieferengpässe, denn noch leben wir von der Ernte aus dem letzten Jahr. Es wird vor allem spekuliert.

Im März lag die Inflation bei 7,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Laut dem Präsidenten der Bundesnetzagentur werden viele Haushalte erst bei der Heizabrechnung im nächsten Jahr bemerken, wie stark der Preis gestiegen ist.

Die Bundesregierung Deutschlands hat erstmals mit einem sogenannten Entlastungspaket reagiert, das man durchaus als PR-Trick bezeichnen kann. Es wird einmalig 300 Euro brutto für Arbeitende geben, die über die Firmen ausgezahlt werden und steuerpflichtig sind. So wird man dann in etwa bei den 200 Euro netto landen, die auch Bezieher:innen von Hartz IV oder anderer Sozialleistungen erhalten sollen. Wohngeld-Empfänger:innen wird der Heizkostenzuschuss auf 270 Euro verdoppelt. Zusätzlich werden für jedes Kind 100 Euro gezahlt. Es wird für drei Monate Steuersenkungen auf Sprit geben und für den ÖPNV sind drei Monatstickets zu je 9 Euro vorgesehen.

« Wer für seinen Lebensunterhalt eng kalkulieren muss, hat schon lange festgestellt, dass es bei Lidl oder Aldi kein Produkt gibt, dessen Preis nicht gestiegen ist. Auch hier gibt es weiterhin kaum Lieferengpässe, denn noch leben wir von der Ernte aus dem letzten Jahr. Es wird vor allem spekuliert. »

Angesichts der starken Preissteigerungen werden die 200 Euro Einmalzahlung verpuffen, weswegen unter den Arbeitenden die Reaktion auf dieses Entlastungspaket verhalten ausfällt. Die Gewerkschaften reagieren auf die Preissteigerungen unterschiedlich. In Griechenland gab es Anfang April einen 24-stündigen Generalstreik gegen die Preiserhöhung. In Deutschland wurden in den letzten Jahren die Laufzeiten für Tarifverträge verlängert, was Streiks zunehmend seltener macht. Unter Teilen der ver.di-Mitglieder ist eine Kampfbereitschaft zu spüren. Ver.di Chef Frank Werneke forderte bereits im Herbst deutliche Reallohnsteigerungen, dies würde er nicht fordern, wenn es keinen Druck von der Basis geben würde. Die IG-BCE (Bergbau, Chemie, Energie) hat am 5. April für die rund 580.000 Beschäftigten eine „Brückenzahlung" von 1400 Euro vereinbart und dafür auf Streiks verzichtet. Die Tarifverhandlungen sollen erst im kommenden Oktober stattfinden. Im Oktober gibt es auch die Tarifrunde der IG-Metall, dies wäre eine Möglichkeit für einen gemeinsamen Kampf. Denn selbst eine fünfprozentige Lohnerhöhung bedeutet angesichts der Inflation einen Reallohnverlust. Aufgrund dessen wäre eine notwendige Antwort die Löhne an die Preise zu koppeln. Steigen die Preise um sieben Prozent, so sollen die Löhne automatisch auch um sieben Prozent steigen. Für Student:innen, Sozialleistungsempfanger:innen und Rentner:innen ist die Inflation eine direkte Armutsgefährdung. 400 Euro mehr für alle pro Monat, wäre eine Forderung die über die Arbeitskämpfe hinaus, die gesamte Bevölkerung einigen könnte. ■

Lorenz Wassier und Karl Gebhardt, Berlin

Elon Musk – Ein Mann seiner Klasse

Keiner wollte diese Eröffnungsparty verpassen: Bundeskanzler Scholz, Bundeswirtschaftsminister Habeck, der Ministerpräsident von Brandenburg, sein Wirtschaftsminister und sein Umweltminister, alle waren sie da und wollten in die Kameras gucken, wenn hoher Besuch aus Amerika kommt … nach Brandenburg.

Elon Musk, der reichste Mann der Welt, der sich die Welt schön twittert, was das Zeug hält und – weil er wegen ein paar Tweets Ärger hat ganz einfach Twitter kaufen will - was kostet die Welt? Also Elon Musk hat innerhalb von nur 2 Jahren eine Tesla-Elektroauto-Giga-Factory in die Wälder Brandenburgs gesetzt. Vom Wald ist nichts mehr übrig. Wasser war in der Region schon vorher knapp und es kam immer wieder zu Protesten in der Bevölkerung. Nun, ein paar Tage nach der Eröffnung des Werks rationiert der Wasserverband den Wasserverbrauch für Privatleute, in der Lackiererei ist schon „was“ ausgelaufen, was soll's… Endlich passiert was in Brandenburg! Musk ließ die Fabrik ohnehin ohne Genehmigung bauen, was Habeck als „unternehmerischen Mut“ feierte. Da Deutschland aber keine „Bananenrepublik“ ist, kamen kurz vor Eröffnung dann noch die Genehmigungen, sorgfältig geprüft, ganz ohne Druck… Brandenburg will noch für 50 Millionen einen Bahnhof ins Werk verlegen. Geld zieht Geld an…

Die Brandenburger Regierung wirbt regelmäßig bei Investoren mit niedrigen Löhnen und hoher Arbeitslosigkeit (was sie natürlich schöner ausdrückt), das passt zu Musk, der bekanntermaßen Gewerkschaften und Arbeitsschutz lästig findet. Mit „Bürokratie“ hält er sich nicht auf. Und weil sich in Deutschland ein Betriebsrat nicht verhindern lässt, hat er sich jetzt einen nach eigenem Rezept gebacken.

Musk geht es, wie VW und den anderen Auto-Dinosauriern, nur um Profit und Marktanteile auf Kosten der Leute. Aber hej, warum so negativ?!

Auf der Eröffnungsparty erzählte Musk in die strahlenden Gesichter seiner Anhänger:innen, dass jedes Auto ein Schritt in Richtung einer nachhaltigen Zukunft sei und rief dazu auf, an die Zukunft zu glauben. Champagner! ■

Sabine Müller, Berlin

Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen

Keine Wahl trotz vieler Parteien

Am 15. Mai stehen im größten deutschen Bundesland Landtagswahlen an. Seit 2005 wechselten die Regierungen zwischen rot-grün und schwarz-gelb.

Im Moment (24.04.) sieht es erneut nach einem Kopf-an-Kopf-Rennen aus, bei dem sowohl CDU als auch SPD um 30% schwanken. FDP und Grüne versprechen keinem eine sichere Mehrheit. Da die Linkspartei nur mit viel Glück in den Landtag kommen wird und die rassistische AfD stabil bei 7% steht, kann Rot-Grün, eine Große Koalition oder – wie in vielen NRW-Kommunen – auch eine Schwarz-Grüne-Koalition entstehen. Haben die Arbeitenden von einer dieser Varianten gutes… oder zumindest weniger schlimmes zu erwarten?

Sicher nicht von der CDU: Seit Ende 2021 führt mit Hendrik Wüst ein junger CDU-Politiker das Land, der aber kein unbeschriebenes Blatt ist. Schon 2010 – damals als Generalsekretär – fiel er durch einen Lobbyismus-Skandal auf. Unternehmen durften gegen Zahlungen von Geld Privatgespräche mit dem damaligen CDU-Chef kaufen. Auch als Verkehrsminister in NRW Fehlanzeige: An Staus auf den Autobahnen und einem schlechten und teuren ÖPNV hat sich nichts geändert. CDU-Innenminister Reul mit Rechtsbrüchen und einer Verschärfung von Polizei- und Versammlungsrecht gegen die Klimabewegung und Antifaschist:innen vorgegangen.

Und die SPD? Sie schickt mit Thomas Kutschaty einen profilloser Karrierepolitiker ins Rennen. 2012-17 NRW-Justizminister, seit 2018 Fraktionsvorsitzender im Landtag… Seine Zeit als Minister wie in der Opposition lassen nicht darauf hoffen, dass die SPD in der Regierung Politik für Arbeitende machen würde. Das Versprechen „100.000 Wohnungen im Jahr“ zu bauen, dürfte vor allem Bau- und Immobilienkonzerne freuen, die Subventionen kassieren. Das Versprechen „Bildung zur Chefsache“ zu machen, hören wir überall. Was hilft das, wenn die wahren Chefs der Schulpolitik in den Unternehmen sitzen?

Von den Grünen in NRW ist keine Politik für Arbeitende zu erwarten. Ihre Kandidat:innen stehen klar für „grünen Kapitalismus“. Und das nicht so grün… in bisherigen Landesregierungen haben sie nichts gegen den Braunkohleabbau im rheinischen Revier oder für eine echte Verkehrswende getan.

Stimmen für die Linkspartei, die stalinistische MLPD oder DKP können als Stimmen gegen die Herrschenden verstanden werden. Hoffnungen auf Mandate oder gar auf Kampfperspektiven bieten sie aber nicht. ■

Jakob Erpel, Düsseldorf

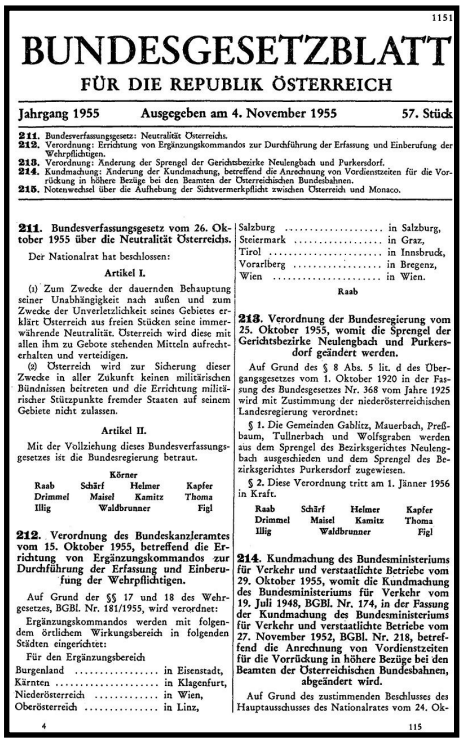
Österreichische Neutralität und Ukraine Krieg

Die „immerwährende“ Neutralität gilt als Grundlage der Unabhängigkeit des Österreichischen Staats. Der Ukraine Krieg hat in den Parlamentsparteien, aber auch in der Linken, neue Debatten über Verständnis und Zukunft der Neutralität aufgeworfen.

Mit Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Österreich von den alliierten Siegermächten besetzt und in Besatzungszonen aufgeteilt. Die russische Führung wünschte sich ein neutrales Österreich als Pufferzone zwischen Sowjetunion, Warschauer Pakt Staaten und den westlichen Ländern. Am 26. Oktober 1955 (heute Nationalfeiertag) wurde die „immerwährende Neutralität“ in die Bundesverfassung aufgenommen und die Besatzung beendet. Mit anderen Ländern wurde die Neutralität nicht vertraglich vereinbart, sie ist eine einseitige Erklärung.

Entwicklung der Neutralität

Das Verständnis der Neutralität, die real eher einer militärischen Nichteinmischung entsprach, hat sich im Laufe der Zeit gewandelt. Unter dem sozialdemokratischen Kanzler Bruno Kreisky wurde ab den 1970ern eine aktivere Neutralitätspolitik vertreten, was eine vermittelnde Rolle bei internationalen Konflikten bedeutete. Wirtschaftlich hat sich diese Politik sowohl in Hinblick auf die Ansiedlung eines UNO Hauptsitzes, einer OPEC[1] Niederlassung und der IAEO[2] in Wien, als auch guter Beziehungen zu arabischen Staaten, gelohnt.



1151

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1955 Ausgegeben am 4. November 1955 57. Stück

211. Bundesverfassungsgesetz: Neutralität Österreichs.
212. Verordnung: Errichtung von Ergänzungskommandos zur Durchführung der Erfassung und Einberufung der Wehrpflichtigen.
213. Verordnung: Änderung der Sprengel der Gerichtsbezirke Neulengbach und Purkersdorf.
214. Kundmachung: Änderung der Kundmachung, betreffend die Anrechnung von Vordienstzeiten für die Vorrückung in höhere Bezüge bei den Beamten der Österreichischen Bundesbahnen.
215. Notenwechsel über die Aufhebung der Sichtvermerkpflicht zwischen Österreich und Monaco.

211. Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 über die Neutralität Österreichs.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

(1) Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.

(2) Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.

Artikel II.

Mit der Vollziehung dieses Bundesverfassungsgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

Körner

Raab Schärf Helmer Kapfer
Drimmel Maisel Kamitz Thoma
Illig Waldbrunner Figl

212. Verordnung des Bundeskanzleramtes vom 15. Oktober 1955, betreffend die Errichtung von Ergänzungskommandos zur Durchführung der Erfassung und Einberufung der Wehrpflichtigen.

Auf Grund der §§ 17 und 18 des Wehrgesetzes, BGBl. Nr. 181/1955, wird verordnet:

Ergänzungskommandos werden mit folgendem örtlichem Wirkungsbereich in folgenden Städten eingerichtet:

Für den Ergänzungsbereich

Burgenland ..... in Eisenstadt,
Kärnten ..... in Klagenfurt,
Niederösterreich ..... in Wien,
Oberösterreich ..... in Linz,
Salzburg ..... in Salzburg,
Steiermark ..... in Graz,
Tirol ..... in Innsbruck,
Vorarlberg ..... in Bregenz,
Wien ..... in Wien.

Raab

213. Verordnung der Bundesregierung vom 25. Oktober 1955, womit die Sprengel der Gerichtsbezirke Neulengbach und Purkersdorf geändert werden.

Auf Grund des § 8 Abs. 5 lit. d des Übergangsgesetzes vom 1. Oktober 1920 in der Fassung des Bundesgesetzes Nr. 368 vom Jahre 1925 wird mit Zustimmung der niederösterreichischen Landesregierung verordnet:

§ 1. Die Gemeinden Gablitz, Mauerbach, Preßbaum, Tullnerbach und Wolfsgraben werden aus dem Sprengel des Bezirksgerichtes Neulengbach ausgeschieden und dem Sprengel des Bezirksgerichtes Purkersdorf zugewiesen.

§ 2. Diese Verordnung tritt am 1. Jänner 1956 in Kraft.

Raab Schärf Helmer Kapfer
Drimmel Maisel Kamitz Thoma
Illig Waldbrunner Figl

214. Kundmachung des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe vom 29. Oktober 1955, womit die Kundmachung des Bundesministeriums für Verkehr vom 19. Juli 1948, BGBl. Nr. 174, in der Fassung der Kundmachung des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe vom 27. November 1952, BGBl. Nr. 218, betreffend die Anrechnung von Vordienstzeiten für die Vorrückung in höhere Bezüge bei den Beamten der Österreichischen Bundesbahnen, abgeändert wird.

Auf Grund des zustimmenden Beschlusses des Hauptausschusses des Nationalrates vom 24. Ok-

4 115

Die SPÖ Vorsitzende Pamela Rendi-Wagner tritt hingegen deutlich für die Beibehaltung der Neutralität auf – ebenso wie die rechtsextreme FPÖ, die viele Jahre freundschaftlich mit Putins Partei Einiges Russland verbunden war und sich an der pro-ukrainischen Position der türkisgrünen Regierung stört. Auch wenn Kanzler Nehammer die Diskussion um die Neutralität für beendet erklärt und ihre Beibehaltung verkündet hat, wird das nicht vor Aufrüstung und Militarisierung, in Abstimmung mit anderen EU-Staaten, schützen.

Revolutionäre Perspektiven

Als Revolutionär:innen verklären wir die Neutralität nicht. Österreich war immer Teil „des Westens“ und hat immer auch von dessen Kriegen und imperialistischen Expansionen profitiert. Dank Neutralität konnte es auch mit der Gegenseite profitable Geschäfte machen, wie es jetzt auch nicht von den massiven Gaslieferungen Russlands abgehen möchte. Im Ukraine-Krieg ist Österreich klar Teil des westlichen Blocks – man liefert jedoch keine Waffen, sondern nur zivile Schutzausrüstung. Bei einer weiteren Verschärfung der innerimperialistischen Konflikte, die in einem umfassenderen Krieg münden könnten, wird auch Österreich klar Stellung beziehen und die Neutralität nicht mehr das Papier wert sein, auf das sie geschrieben steht.

Für uns ist klar, dass unser Hauptfeind der österreichische und EU-Imperialismus ist und wir uns gegen jegliche Aufrüstung und Kriegseinsätze stellen. Dabei gehen wir nicht von einer pazifistischen Position aus, sondern sehen in der Niederlage des eigenen Imperialismus das kleinere Übel und Mittel zum Sturz der Regierung und der Überwindung des Kapitalismus. ■

Florian Weissel, Wien

Fußnoten

1 Organisation erdölexportierender Länder

2 Internationale Atomenergie Organisation

„Femizide – Frauenmorde in Deutschland“

Von Femi(ni)ziden wird gesprochen, wenn ein Mord an Frauen* geschlechtsspezifisch motiviert ist. Wenn also Männer Frauen* töten, weil sie glauben, ein Recht auf das Leben oder den Körper einer Frau* zu haben. In den letzten drei Jahren findet dieser Begriff in Deutschland und Österreich zu Recht größere Verbreitung — in Medien, Gewaltschutzorganisationen und Politik. Denn die Verwendung des Begriffs beinhaltet auch die Anerkennung, dass die alltägliche Gewalt, die Männer gegenüber Frauen* ausüben und die nicht selten in einem Mord oder Mordversuch endet, systematisch und gesellschaftlich angelegt ist. Jeden dritten Tag wird in Deutschland eine Frau* getötet, weil sie eine Frau* ist (2020: 139 Fälle), und fast täglich wird versucht, eine (Ex-)Partnerin zu töten (2020: 319 Fälle).

Das Buch „Femizide – Frauenmorde in Deutschland“ ist Anfang 2022 erschienen. Ausgang für die Recherche der beiden Autorinnen war ein Mord am helllichten Tag an einer jungen Frau in einem Stadtwald im Frühjahr 2020 durch ihren Ex-Partner. Die junge Frau wurde brutal erschlagen, während sie ihr kleines Kind auf dem Arm hielt.

Julia Cruschewitz und Carolin Haentjes erklären in ihrem Buch komplexe Zusammenhänge leicht verständlich – auch für Personen, die sich bisher nicht mit den Themen Gewalt gegen und Morden an Frauen beschäftigt haben. Neben einem konkreten Bezug zur Praxis wird dies auch dadurch erreicht, dass verschiedenste Personen zu Wort kommen: Überlebende, Zeug:innen, Sozialarbeiter:innen, Wissenschaftler:innen, Psycholog:innen, Anwält:innen etc.

Die Autorinnen beschreiben in zehn Kapiteln, was Femizide sind und was geschlechtsspezifische, sexualisierte und häusliche Gewalt sind. Sie berichten anhand konkreter Fallbeispiele davon, welche Behörden (Polizei, Gerichte, Jugendämter etc.) und Institutionen (Opferschutzberatungen, Frauenhäuser, Täterberatungen etc.) bei häuslicher Gewalt involviert sein sollten und warum sie viel zu selten zusammenarbeiten. Sie zeigen auf, warum z. B. Jugendämter den gewalttätigen Kindsvätern trotz vorausgegangener häuslicher Gewalt Umgangsrecht für die Kinder ermöglichen, ohne dabei die Auswirkungen der Gewalt für die Ex-Partnerin oder für die Kinder zu berücksichtigen.

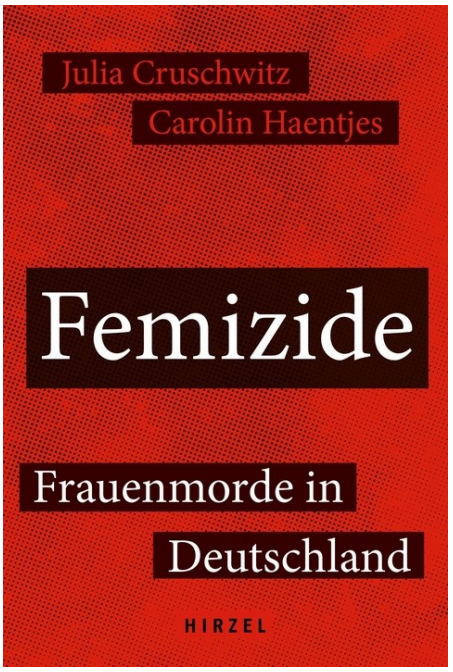
Die Autorinnen berichten aber auch, dass es für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder nur halb so viele Plätze in Deutschlands Frauenhäusern gibt, wie nötig, und was es für fatale Folgen haben kann, wenn eine Frau mit ihren Kindern dringend Hilfe benötigt, aber kein Frauenhausplatz zur Verfügung steht. Außerdem zeigen sie einmal mehr, wie ungerecht die deutsche Rechtsprechung ist: Hat es eine Frau geschafft, eine gewaltvolle Beziehung zu überleben, sich aus ihr gelöst und gegen ihren Ex-Partner Anzeige erstattet, so zeigen deutsche Richter:innen oft mehr Verständnis für gewalttätige (Ex-)Partner als für die Opfer. Dies äußert sich vor allem in milden Urteilen gegen die Täter: Denn oft wird eine enge emotionale Bindung zum Opfer absurderweise als strafmildernd, nicht als strafverschärfend, gewertet.

Das Buch macht deutlich, dass es sich bei den aufgezeigten Fallbeispielen nicht um Einzelschicksale handelt, sondern dass geschlechtsspezifische Gewalt gegen und Morde an Frauen* eine logische Konsequenz der bestehenden, ungleichen Geschlechterrollen in unserer Gesellschaft sind. Sie zeigen erste Lösungsansätze und Handlungsschritte auf und betonen, dass auch Männer bei der Überwindung der bestehenden Geschlechterrollen dringend mit ins Boot geholt werden müssen. Unerwähnt bleibt leider, dass einer Aufhebung der Geschlechterrollen im Kapitalismus Grenzen gesetzt sind, denn letztendlich profitiert das Kapital von der Spaltung der Gesellschaft – also auch von der Frauenunterdrückung, durch die sich sowohl Geld sparen als auch Geld verdienen lässt. Doch unabhängig davon ist dies informative Buch sehr lesenswert. ■

Lovis Aldonathea, Berlin

Fußnoten

* Unter dem Begriff „Frau“ werden an dieser Stelle weiblich gelesene Personen verstanden, also Personen, die als „Frau“ wahrgenommen werden.



IMPRESSUM | Herausgeberin: RSO, Stiftgasse 8, 1070 Wien | Druck: Eigenvervielfältigung/Flyeralarm
Verantwortlicher Redakteur: Florian Sund, Schmarjestr. 17, 14169 Berlin

VERANSTALTUNGEN

Neben regelmäßigen Online-Veranstaltungen (Termine und Links über unsere Website und Soziale Medien) könnt ihr uns wieder real erleben.

Berlin | 18:45 Uhr | Mehringhof (Versammlungsraum), Gneisenaustr. 2A

Do, 05.05. Kriege für Großmachtinteressen — Imperialismus von 1914-2022

Do, 19.05. Spanien 1936-39—ein Krieg mit revolutionären Potential

Düsseldorf | 19.00 Uhr | Café Solaris, Kopernikusstr. 53

Do, 05.05. Erfahrungen aus den Streiks der Berliner Uniklinik Charité

Do, 12.05. Spanien 1936: Der Bürgerkrieg gegen Franco, eine verratene Revolution?

Do, 19.05. Filmabend: „Land and Freedom" (Ken Loach)

SAVE THE DATE! - RSO Sommercamp vom 29.07.2022 — 07.08.2022

>>> Mehr auf www.camp2022.sozialismus.click <<<

Hier findet ihr uns online

Deutschland

www.sozialismus.click
rsodeutschland

Österreich

www.sozialismus.net
rso_organisation
rsoorganisation

Revolutionär Sozialistische Organisation

rso
revolutionär sozialistische organisation

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), organisieren uns gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist eine freie, demokratische, auf gewählten Räten aufbauende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse aller funktioniert. Die Arbeiter:innenklasse hat das Potenzial, diese Gesellschaft zu verwirklichen. Deshalb geben wir seit vielen Jahren Flugblätter in unterschiedlichen Betrieben heraus, mit denen wir Missstände anprangern, Kolleg:innen ein Sprachrohr bieten und versuchen Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über Politik und tauschen uns mit unterschiedlichen Aktivist:innen aus. In sozialen und ökologischen Konflikten treten wir für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen ein. Für uns ist der Kampf gegen Ausbeutung, gegen Sexismus und Rassismus, gegen Rechtsextremismus und gegen Umweltzerstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben.

Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei setzen wir uns ein für den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt und für den Aufbau unabhängiger Parteien der Arbeiter:innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

Eine ausführlichere Version findet ihr auf www.sozialismus.click/was-wir-wollen/

Ihr erreicht uns in Deutschland unter:

info@sozialismus.click
www.sozialismus.click
+49 1777 800571

Und in Österreich:

rso@sozialismus.net
www.sozialismus.net